

Fülldecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Fülldecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:

Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Pfeilzelle oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 27.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

18. Jahrg.

Paul Singer.

Der Schnitter Tod hält reiche Ernte unter unseren Alten. Vor wenigen Tagen durchschleifte die traurige Kunde von dem Ableben des Nestors der bayerischen Sozialdemokratie, des Genossen Gabriel Löwenstein, und gestern traf die betrübende Nachricht vom Tode unseres Vorkämpfers Paul Singer ein. Nun mehr lichten sich die Reihen derseligen, die in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes das rote Banner uns vorantrugen und uns aufer waren im harten Streite gegen unsere Widersacher. So manche Lücke wird in unsere Reihen gerissen und dennoch — so schmerzlich wir auch die Dahingeschiedenen vermissen, in einer Partei wie der sozialdemokratischen findet sich im Gegensatz zu bürgerlichen Parteien immer Ersatz für diese Lücken. Ist auch die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie auf das engste verbunden mit den Namen unserer Vorkämpfer, so ist doch unsere Bewegung, weil sie eine den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprungene Kulturbewegung ist, nicht abhängig von einzelnen Personen. Das entbindet uns aber nicht der Pflicht, mit tielem Weh im Herzen und dennoch mit freudigem Stolze derer zu gedenken, die ihre ganze Lebenskraft in den heiligen Dienst der Freiheit stellten!

Paul Singer ist! Raum kann man den Gedanken fassen! Noch vor wenigen Tagen erhob er im Reichstag erfolgreich seine Stimme, um einen dunklen Plan der Reaktion zum Scheitern zu bringen. Und am nächsten Tage nahm er, trotzdem sein Gesundheitszustand manches zu wünschen übrig ließ, an einer Sitzung des Parteivorstandes teil. Es war seine letzte Sitzung. Als er nach derselben das Bett aussuchte, da ahnte er wohl selbst nicht, daß er sich von derselben nicht wieder erheben würde. Ein schwerer Bronchialkatarrh, dem sich in wenigen Tagen eine Entzündung der hohen Lungenflügel zugesellt, streckte ihn darnieder. Noch hatte man die Hoffnung auf eine Genesung nicht aufgegeben. Leider war diese Hoffnung eine trügerische. Es traten Störungen des Bewußtseins ein, die am Mittag des 30. Januar bereits das Schlimmste befürchten ließen. Gestern mittag hat unser wackerer Freund die Augen für immer geschlossen. Ein Kämpfer hatte ausgelaufen.

Was Paul Singer der deutschen und damit der internationalen Sozialdemokratie gewesen ist, das kann nicht im Rahmen eines Artikels beschrieben werden. War doch seine Tätigkeit für die Arbeiterbewegung eine so vielseitige, daß sich Wände darüber schreiben ließen. Wenn wir dennoch auf sein Leben und seine Wirksamkeit eingehen, so kann das nur in flüchtigen Strichen geschehen.

Singer erblickte am 16. Januar 1844 in Berlin das Licht der Welt. Nachdem er die Realschule absolviert hatte, ergriff er den Kaufmannsberuf und gründete im Jahre 1869 in Gemeinschaft mit seinem noch lebenden Bruder ein Damenkonfektionsgeschäft. Schon in jungen Jahren hat Singer sich der politischen Bewegung angelassen. Er war zunächst Mitglied des Demokratischen Arbeitervereins, in dessen Reihen er in Gemeinschaft mit Hepner, Hirsch und anderen eine rührige, wenig an die Öffentlichkeit getretene Propaganda für die Sozialdemokratie entfaltete. Der Erfolg des Schandgesetzes löste bei ihm den Gedanken aus, nunmehr öffentlich auf die Seite der Verfehlten und Geächteten zu treten. Mancher andere hätte in der sozialen Stellung Singers zu jener Zeit nicht dem tückischen Feinde die offene Brust geboten, sondern im stillen Kreise weiter gearbeitet. Unser Singer aber wußte, daß in dieser schweren Zeit ganze Männer erforderlich waren, die sich in den Dienst der Sache stellten. Und Singer war ein ganzer Mann. Mit unerschrockenem Mute trat er in die politische Arena und leistete im Jahre 1883 der an ihn ergangenen Aufforderung, bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen als sozialdemokratischer Kandidat zu fungieren, bereitwillig Folge. Er wurde auch gewählt. Nun eröffnete sich ihm ein weites Tätigkeitsfeld, das er meisterhaft zu bearbeiten verstand. Seine Wirksamkeit im Stadtparlament hat sicherlich viel mit dazu beigetragen, daß sich in den Kreisen der Genossen immer mehr der Gedanke von der Notwendigkeit der Beteiligung an den Kommunalwahlen Bahn brach.

Manchen harten Strafen hat er im roten Haufe, dem er von dieser Zeit bis an sein Lebensende angehörte, mit den Gegnern und mit der Regierung ausgefochten. Er war, das müssen selbst seine Gegner zugeben, eines der eifrigsten Wahrer und Hüter des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Welche Hochachtung Singer durch seine kommunale Tätigkeit selbst den Gegnern abzwang, das konnte man vor zwei Jahren aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums Singers als Stadtverordneten erkennen. In den wärmsten Worten zollte der Oberbürgermeister Rieschner unsern Freunden die herzlichste Anerkennung für seine Tätigkeit. Diese Hochachtung hat der Oberbürgermeister auch gestern wieder bezeugt, indem er in der Verkehrsdeputation tiefempfundene Worte über das Amtleben Singers sprach. So hat der Verstorbenen sich durch seine Stadtverordneten-Tätigkeit selbst ein Denkmal gesetzt, das dauerhafter ist als die Gögenbilder in der Sieges-Allee in Berlin.

Was lag, nachdem Singer sich hier so außerordentlich bewährt hatte, näher, daß die Berliner Parteigenossen, die schwer unter dem Sozialistengesetz zu leiden hatten, ihn bei den Reichstagswahlen des Jahres 1884 als Kandidaten für den IV. Berliner Wahlkreis ausspielten. Rund 25 000 Stimmen — eine für die damaligen Verhältnisse gewaltige Stimmenzahl — vereinigte er auf sich und holte damit gleich im ersten Wahlgang das Mandat. Viehrath versuchte die Gegner bei späteren Wahlen, ihm dasselbe streitig zu machen. Vergebens! Der IV. Berliner Wahlkreis entsandte ihn mit immer größerer Stimmenzahl — 1907 betrug dieselbe rund 87 000 — in den Reichstag.

Hier hat Singer gleichfalls eine außerordentlich erprobliche Tätigkeit entfaltet. Hier galt er als der beste Kenner der Geschäftsordnung. Mehrfach hatte er heftige Zusammenstöße mit den Gegnern, so u. a. 1902 bei den Zolldebatten. Die sozialdemokratische Fraktion obstruierte gegen die Zollvorlage, die agrarische Mehrheit änderte die Geschäftsordnung, verschärfe sie auch, und bei der nächsten Gelegenheit, da es wieder zu einem Zusammenstoß zwischen Zollmehrheit und sozialdemokratischer Fraktion kam, sollte Singer von der Sitzung ausgeschlossen werden. Er verließ den Sitzungssaal nicht, die Sitzung wurde deshalb aufgehoben. Seitdem ist diese Verschärfung der Geschäftsordnung nicht mehr angemandt worden. Unser Genosse aber legte den Posten als Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission, den er jahrelang innehatte, aus diesem Anlaß nieder.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages erkannte seine Tätigkeit dadurch an, daß sie ihn seit langen Jahren neben Bebel zum Fraktionsvorsitzenden wählte.

Den älteren Parteigenossen durfte noch jene Episode in Erinnerung sein, die sich im Jahre 1886 im Reichstage abspielte. Unser toter Freund enthielt dort zum Entsegen der Gewalttäucher das Treiben des Lockpigs Hering-Mahlau vor aller Öffentlichkeit. Dieser Lump hatte sich unter dem Namen Mahlau in einen Berliner Arbeiterverein aufzunehmen lassen und dort verlucht, durch Majestätsbeleidigungen und allerlei Aufreizungen die Genossen zu Torheiten zu veranlassen. Das nagelte Singer in seiner sarkastischen Art fest und versegte dem Träger dieses Systems, Puttkamer, der diesen „Gentlemen“ verteidigte, eine Anzahl Hiebe, die saßen.

Natürlich blieb der Rachezug gegen Singer nicht aus. Am 29. Juni 1886 wurde er aus Berlin ausgewiesen. Am 3. Juli 1886 verließ Singer die ungarische Stätte. Die Polizei befürchtete mit Recht, daß die Berliner Arbeiter zu Ehren des Ausgewiesenen große Demonstrationen bei seiner Abreise veranstalten würden. Deshalb hatte sie verfügt, daß das Betreten des Schlesischen Bahnhofes, von dem Singer abfuhr, nur gegen Vorzeigung einer Fahrkarte 2. Klasse nach Spandau zum Preise von 1,60 Mk. gestattet werde. Unscheinend hatte die Polizei mit diesem ungesehlichen Vorgehen Erfolg. Es hatten sich nur etwa 50 Genossen eingefunden, um Singer das Geleit zu geben. Raum aber hatte der Ausgewiesene mit seinen Freunden den Bahnsteig betreten, da fährt von Westen her ein vollbesetzter Zug ein. Stürmische Hochs auf Singer erschallen. Und so läuft Zug auf Zug mit Demonstranten ein, bis schließlich die Zeit zur Abfahrt Singers gekommen war. Die Polizei atmete auf. Doch sie hatte sich verrechnet. Auf der Fahrt Singers bis zum Weichbild der Stadt passieren unzählige Jüge den Zug Singers und aus allen Kupefenstern erschallen dröhrende Hochrufe aus den Ausgewiesenen.

Von Berlin ging Singer nach Dresden und von hier aus nach Offenbach a. M. Im „freien“ Hessenlande wühlte er sich sicher vor den Schergen der Gewalt. Doch er hatte sich gefäuscht. Am 19. Februar 1887 wurde er auch hier ausgewiesen. Als er 1888 zur Ausübung seines Reichstagsmandats nach Berlin kam, bereitete ihm die Arbeiterschaft einen eindrucksvollen Empfang.

Wie das Eis des Winters dem lachenden Frühling nicht trocken kann, so mußte auch im Jahre 1890 das Schmachgesetz fallen. Nunmehr konnte unser Freund wieder seinen dauernden Aufenthalt in Berlin nehmen und hier seine vielseitige Tätigkeit forsetzen.

Die Berliner Parteigenossen haben unserem Singer außerordentlich viel auf dem Gebiet der Presse zu verdanken. Nachdem im Ultimatsjahr die Parteipresse vernichtet war, fehlte das geistige Band zwischen den Parteigenossen. Hier sprang Singer helfend ein, indem er durch fortlaufende bedeutende Zuschriften die Gründung und Erhaltung des am 1. April 1884 ins Leben gerufenen „Berliner Volksblatt“ (heutigen „Vorwärts“) ermöglichte. Und als es galt, die Opfer des Sozialistengesetzes, die Ausgewiesenen und ihre Familien, vor Hunger und Not zu schützen, da stand der stets hilfsbereite Genosse Singer an erster Stelle.

Im Jahre 1890 ehrt ihn die Partei dadurch, daß sie ihn neben Bebel zu ihrem Vorsitzenden erwählt. Seit diesem Jahre führte er mit zwei Unterbrechungen infolge Krankheit auch den Vorsitz auf den Parteitagen. In der Internationale stellte er sowohl im internationalen Bureau, als auch auf internationalem Kongressen stets seinen Mann. Deshalb trauert auch mit uns die Internationale an seiner Bühne!

Dab dem Nimmermüden, der seit 1875 für die Armen in der Verwaltung des unseren Lesern durch die „Neue Welt“ bekannten Hilfvereins für Obdachlose in Berlin in uneigennützigster Weise gewirkt hat, persönliche Anrempelungen und widerträchtige Verleumdungen nicht erspart blieben, dieste manchem Leiter noch in Erinnerung sein. Diese fortwährenden Hegerien, gegen die er mehrfach gerichtlich vorgehen mußte, gingen schließlich so weit, daß er aus dem Geschäft, das er mit großer Blöße gebracht hatte, austrat.

Nun ruht er aus, der nimmermüde Streiter, der Helfer und Berater der Armen! Am Sonntag werden seine sterblichen Überreste der Erde übergeben. Paul Singer ist tot! Aber sein Geist weilt unter uns! Er mahnt uns, er zwängt uns das Gelöbnis ab, dem Verlorbenen nachzusehn, nicht zu raten, nicht zu rösten in dem Befreiungskampf der Menschheit. Noch liegen uns mächtige Kämpfe bevor. Wir scheuen sie nicht! Wissen wir doch, daß unser der Sieg werden muß, trotz alledem und alledem!

In diesen Kämpfen sollst Du, deiner Tochter, uns ein Vorbild sein!
Mit diesem Eid schwur auf den Lippen grüßten wir Dich,
Paul Singer!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Die Reichstagssitzung wurde am Dienstag vom Präsidenten Graf Schwerin-Löwitz mit einem Nachruf auf unseren verstorbenen Genossen Paul Singer eröffnet. Der ostelbische Graf, der sonst seinen Nachruhen eine gewisse persönliche Färbung zu verleihen versteht, beschränkte sich diesmal auf das kühle Moth des unbedingt Gebotenen. Wie wollen nicht untersuchen, ob nur die Nichtvorbereitung daran schuld war, wie von manchen Seiten entschuldigend oder rechtfertigend gesagt wurde. Wie dem auch sein mag: die Kargheit des präsidialen Nachrufs ändert nichts an der Tatsache, die sensiblste steht von der Parteiens Habs und Kunst, daß mit Singer eine der markantesten Persönlichkeiten des Reichstags dahin gegangen ist. Daß Singer seit dem Tode Rickerts und Richters der unerreichte Kenner der Geschäftsausordnung war, wird nirgends ernsthaft bestritten. Wie oft ist er hier in dem Hause am Königsplatz in der vordersten Reihe der Kämpfer gestanden, wenn es galt, Angriffe auf die Rechte der Minderheit zurückzuschlagen, die Geschäftsausordnung vor üblischer Verderbung oder brutaler Vergewaltigung zu schützen und gegen eine Welt von Feinden der Fraktion des Proletariats die gebührende Stellung zu sichern! Von dem Tage an, als bald nach dem Einzuge des Reichstags in das neue Heim die Ara Hohenlohe-Küller sich mit einem verwegenen Angriff auf die Unvergleichlichkeit der Abgeordneten einführte, bis in die letzte Hälfte dieses Januars, als er, schon ein totsicherer Mann, mit der Ausbildung der letzten Kräfte siegreich einen unvergleichlich-pfälzischen Einbruch in die Geschäftsausordnung zurückwarf, welch eine Reihe unvergleichlicher Momente in der parlamentarischen Geschichte! Gleich Eugen Richter, der erst in den Seiten seines schlimmsten politischen Niederganges von dieser Gewohnheit abging, sprach auch Singer stets von seinem Blaue; wie Richter brauchte er die Tribüne nicht, um stets das Ohr des Hauses zu haben. Die Kämpfe um den Zolltarif, die für den freifinnigen Führer ein Jena des Ruhmes wurden, erhoben Singer auf den Gipspunkt seiner parlamentarischen Bedeutung. Ein Hüter der Geschäftsausordnung, unablässig im Seniorennovellent und in der Kommission tätig, beteiligte sich Singer nicht oft an den sachlichen Debatten. Daß er aber auch bei ihnen seinen Mann zu stellen verstand, bewies er bei großen Gelegenheiten, wie bei der Finanzreform, wie bei den Debatten der 90er Jahre, die Herrn von Stumm's schamhaftere Provokationen herausbeschworen. Und unvergleichlich bleibt jene große Szene, die noch im alten Reichstagsgebäude spielte, als Singer bei der Thring-Mahlom-Debatte die infame Spizelschmach des herben Bismarckischen Regimes brandmarkte und durch die Kraft und Logik seiner wuchtigen Ausführungen die bürgerlichen Oppositionsführer an seine Seite zwang. Unvergessen bleibt Singers Angebenken, wie in der Partei, so in der Fraktion. Daß sie auch ohne Singer in Singers Geiste weiter zu arbeiten weiß, bewies sie bei der die Dienstag-Sitzung ausfüllenden, übrigens an diesem Tage nicht zu Ende geführten dritten Lesung der Zuwachssteuer. Gen. Südkum kennzeichnete mit prinzipieller Schärfe zugleich und ozender Ironie, in der Generaldebatte die Verbalhornung des Gesetzes, an der alle bürgerlichen Parteien, wenn auch nicht in gleichem Maße, Schuld tragen und die in gewohnter Schwächlichkeit von der Bethmannschen Regierung der Nachgiebigkeit vertreten wird. Die Gen. Südkum und Ulrich griffen auch ein, als erneut das Steuerprivileg der Fürsten zur Debatte stand. Die Schwarzblauen, ohne die Antisemiten, doch um ein paar nationalliberale Weiber vermehrt, stellten in namentlicher Abstimmung das in zweiter Lesung gefärbte gehässige Steuerprivileg wieder her und sorgten erneut für Vermehrung unseres unendlichen Agitationsstoffes. Die unermüdliche Beratung der von den verbündeten Gegnern selbst geschmiedeten Waffen wird die schönste Ehrung sein, die das Proletariat den Mannen Singers erweist.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag den Entwurf der Domänenverwaltung. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, die Regierung solle dem Landtag bis zur dritten Lesung eine Aufstellung über die Entwicklung der Viehhaltung auf den königlichen Domänen in den letzten zehn Jahren vorlegen. In der Begründung dieses Antrages kritisierte Genosse Lennert auch die müderichtliche Aufstellung des Staats und die Art der Verpachtung der Domänen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Dagegen gelangte ein Zentrumsontrag zur Annahme, der in bestimmten Zwischenräumen Darstellungen über die der Domänenverwaltung unterstellten Werte der Domänen und deren wirtschaftlichen Erringen fordert. Dazu erledigte das Haus noch einige kleinere Vorlagen. — Am Mittwoch wird der Zusatzentwurf beraten.

Das große Rathskratzen.

In der Frage nach dem Termin der Reichstagswahlen wird dem "Neuen Politischen Tagesschau" aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt, es werde immer wieder darauf hingewiesen, daß die verfügbare Zeit kaum ausreichen dürfe, die dem Reichstag zugegangenen großen Vorlagen noch zu erledigen. Diese Annahme beruhe auf der Erwöhnung, daß es bei einem frühen Termin für die Reichstagswahlen kaum möglich sei werde, den Reichstag solange zusammen zu halten, wie er zur Bevölkerung dieser Arbeiten brauche. Es sei deshalb schon vorgezögert worden, noch im Herbst eine Tagung abzuhalten, um das bis zum Frühjahr nicht erledigte Material zu bewältigen. Dagegen aber weile man darauf hin, daß eine Herbsttagung zu noch höherem Höhe unter der Nähe der kommenden Wahlen leiden würde. Will also die Regierung die für die vorliegenden Arbeiten notwendige Zeit und Räume schaffen, so wäre es vor allem erforderlich, möglichst bald in unzweideutiger Form zu erklären, daß ein früherer Termin kommt. Soll sich dies jedoch nicht in Frage kommen, so ist es möglich, daß die Wahlen erst im nächsten Winter stattfinden mögen.

wohl möglich, den Reichstag in seiner gegenwärtigen Tagung so lange zusammen zu halten, bis alle wichtigen Vorlagen erledigt sind." Der Münchener Magistrat hat beschlossen, durch den bayerischen Stadtrat bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß sie bei der Staatsregierung Schritte unternehme, damit sie mit Rücksicht auf die Ende November und Anfang Dezember in Bayern stattfindenden Gemeindewahlen den Termin für die Reichstagswahlen auf spätestens Ende September oder Anfang Oktober festsetze.

Die "Deutsche Tagesschau" meint, die Regierung würde im Interesse der Arbeiten des Reichstags handeln, wenn sie darüber Klarheit schaffe, daß die Reichstagswahlen nicht früher als im Januar des nächsten Jahres stattfinden sollen.

Eine andere Version spricht von Wahlen im Februar 1912. Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, es sei eine Streitfrage, ob ein Wahltermin nach dem 26. Januar 1912 verfassungsrechtlich noch zulässig sei.

Berlin und Rom.

Am 27. Januar hat der preußische Gesandte von Mühlberg in Rom eine Frühstücks- und Geburtstagsrede gehalten, in der er unter Hinweis auf die Borromäus-Eryklika die falsche Beurteilung deutscher Verhältnisse durch die Kirche streifte. Die Aufzügung der Gegenfänge im Vorjahr habe zu einer wahren Kraftprobe geführt. Nur dem Einlenken des Papstes und dem starken Willen des Kaisers sei es gelungen, den Sturm zu beschwichten. Man habe im Vatikan die Tiefe und Volkstümlichkeit der Protestströmungen gänzlich verkannt. Man darf doch nicht vergessen, daß die Kirche sich nirgends in der Welt eines so starken Schutzes erfreue, wie unter dem Szepter des Kaisers. (Beurouer Kaiserrede!)

In einer offiziösen Rundgebung wird zu jener Rede erklärt, es sei eine irrierte Annahme, sie gebe eine unverbindliche persönliche Ansicht des Gesandten wieder. "Der preußische Gesandte, Herr von Mühlberg, hatte nach eingehendem Meinungsaustausch mit Berlin sogar den Auftrag, bei passender Gelegenheit auf die sichbare Verschlechterung der guten Beziehungen zwischen Berlin und Rom hinzumelden. Wenn Herr v. Mühlberg diese Ansicht der Regierung, welche den konfessionellen Frieden in Preußen wahren möchte, um dabei auch die freundlichen Beziehungen zum Vatikan in alter Weise weiter zu pflegen, nicht zu einem Vortrag an der berufenen, höchsten Stelle benutzte, sondern wenn er sie nur in die Form einer allgemeinen Unprache an den hohen Klerus kleidete, so entledigte er sich damit delikat und wenig schroff der Aufgabe seiner Regierung, daß nämlich Preußen mit seiner vorwiegend protestantischen Bevölkerung ebensowenig gezeigt ist, den Katholizismus irgendwie zu unterdrücken, noch aber zu dulden, daß in das Land Momente hineingetragen werden, die — was in Rom vielleicht noch immer übersehen wird — dem konfessionellen Frieden nur schaden können."

Liberaler Arbeiterkandidaturen.

Das Zentrum hat dem Drängen aus Arbeiterkreisen nachgegeben und Arbeiterkandidaturen auch in aussichtsreichen Kreisen aufzustellen müssen. Diese Tatsache wird vom Zentrum in der Agitation auch weidlich ausgeschlachtet. Die Nationalliberalen und die Konservativen haben sich schließlich ungeschickt, den gleichen Weg zu beschreiten, nur mit dem Unterschied, daß sie den Arbeitern völlig aussichtslose Kreise überlassen. Die Konservativen haben das z. B. in Frankfurt a. M. gemacht, die Nationalliberalen probierten es bei den letzten Wahlen in Duisburg. Diesem "Zug der Zeit" gedachten auch die Fortschrittsler zu folgen, ohne daß sie aber bisher in irgend einem Kreis, der auch nur einige Aussicht auf Erfolg bietet, einen Arbeiter als Kandidaten aufgestellt hätten. Die liberalen Arbeiter scheinen nun endlich begriffen zu haben, daß man sie bloß am Narrenseil zu führen gedenkt. Am Sonntag fand in Düsseldorf eine Konferenz linksliberaler Arbeiter aus Rheinland und Westfalen statt, die folgende Resolution beschloß:

Die Konferenz rheinisch-westfälischer linksliberaler Arbeiter bedauert auf das Lebhafteste, daß von den linksliberalen Parteien bisher nicht ein einziger linksliberaler Arbeitersführer in einem ausreichenden Reichstagswahlkreis als Kandidat aufgestellt worden ist. Die linksliberalen Parteien können bei Verbarren auf diesem Standpunkt ernsthaft auf die Mitarbeit der linksliberalen Arbeiter bei den kommenden Reichstagswahlen nicht rechnen. Sie warten die Parteilösungen, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren und erwartet von ihrer Einrichtnahme, daß sie eine kampfesfreudige, lückenlose Schlachtkette der Linksliberalen gegen die Reaktion schafft.

Die liberalen Arbeiter sind um ihre Geduld schier zu beseitigen, daß sie aber mit ihren Wünschen Gehör finden, dazu stehen bei den liberalen Parteien doch zu viele Mandatssäger.

Bethmann II.

Die Bethmannsche Sammlungspolitik hat Schule gemacht. Erfüllt von der drückenden Sorge um das Schicksal der "Ordnungsparteien", hat der braunschweigische Staatsminister v. Otto, der geistige Vater der Wahlrechtsreaktion im braunschweigischen Landchen, bei Gelegenheit eines Festessens zu Kaisers Geburtstag die folgende Sermonade an alle staatsverhaltenden Bürger gerichtet:

Ich habe, mit Recht, so hoffe ich, in hellem freudigen Lichte das gegenwärtige Bild unserer deutschen Heimat vorgeführt. Aber auch heute, wie in früheren Jahren dienten mir die Schatten nicht vergessen, die auf jenes Bild fallen. Der dunkelste Schatten ist die unheilvolle Bewegung, welche geführt von fanatischen Führern, sich gegen die Grundfesten unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung richtet. Sie alle werden mit mir aber auch voll ernster Sorge auf die erbitterte Verfeindung der staatsverhaltenden Parteien in unserem politischen Leben geblickt haben, die die neuzeitliche Zeit brachte. Vor vier Jahren konnte ich von dieser Stelle aus am gleichen Tage des alljährlichen Scholzes der damals fast brendeten Reichstagswahlen denken, welchen, was vor allem der Einigung der Parteien stand. Was wird im kommenden Herbst werden? Nur ein fester Zusammenschluß aller staatsverhaltenden Parteien kann diese vor

Einigung erfolge, ist der Wunsch, dessen Erfüllung Ihnen und allen Vaterlandsfreunden außerhalb dieses Raumes ans Herz legt. Es wird damit, dessen bin ich überzeugt, einer der heftigsten Wünsche, die heute das Herz Seiner Majestät bewegen, erfüllt.

Aus dem festen "Zusammenschluß aller staatsverhaltenden Parteien" zur frisch-freudlichen Haltung gegen die Sozialdemokratie wird diesmal schwerlich etwas werden; die altgewohnte Parole hat vorläufig stark an Zugkraft verloren. Der Herr Minister wird also sein staatsmännisches Hirn schon etwas mehr strapazieren müssen, wenn er die gesuchte Niederlage vermeiden will.

Deutsch-englischer Auslieferungsvertrag.

zwischen dem Deutschen Reich und England ist ein Vertrag zustande gekommen, durch den die Auslieferung flüchtiger Verbrecher zwischen den deutschen Schutzbereichen und einer Anzahl britischer Protektoräte, namentlich in Afrika, geregelt worden ist.

Gescheitertes Kompromiß.

Im Wahlkreis Fraustadt-Lissa, den gegenwärtig der freikonservative Abg. Dr. Kolbe im Reichstag vertritt, bestand ein Übereinkommen zwischen den deutschen Parteien, nach dem bei den kommenden Wahlen ein Fortschrittsler aufgestellt werden sollte. Das Kompromiß ist nun von den Konservativen gebrochen worden, die den fortschrittlichen Kandidaten ablehnten und dafür den Fortschrittsler aufstellen. Letzterer vertritt zurzeit Breisach-Ost, wo er eine erneute Kandidatur ablehnt, dieviel ihm die Trauben zu hoch hängen.

Der Sitz des neuen Kolonialgerichtshofes.

Die mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Kolonial- und Konsulargerichtshofes betraute Kommission des Reichstags hat als Sitz des Gerichtshofes mit sieben gegen sechs Stimmen Berlin bestimmt. Die Regierung hatte gedroht, das Gesetz scheitern zu lassen, falls an dem ersten Beschuß, der das Gericht in Hamburg errichtet wissen wollte, festgehalten werden würde.

"Pimpel Wichtig" in Mandats-Angsten.

Der betriebsame Abg. Müller-Meiningen, den der Parlamentswitz "Pimpel Wichtig" getauft hat, ist um sein Mandat besorgt und nicht ohne Grund. Sobald nämlich die Nationalliberalen in Meiningen einen eigenen Kandidaten aufstellen, ist Herr Dr. Müller gescheitert. Um das zu verhindern, ist es sein heißestes Begehr, den Nationalliberalen Gefälligkeiten zu erweisen. Bei der Nachwahl in Eisenach trat Abg. Müller mit der ihm eigenen Geschäftigkeit für ein nationalliberales Mitglied des Bundes der Landwirte als Kandidaten ein; freilich ohne Erfolg. Diesen Sonntag war er in Gotha tätig; damit die dortigen Fortschrittsler ihr Einverständnis mit einem nationalliberalen Kandidaten erklärten. Dieses Streben war auch von Erfolg gekrönt. Trotzdem kann es diesem anpassungsfähigen Politiker passieren, daß er in Meiningen durchplumpst.

Ein konservativer Wettbewerb.

Bei der Landtagswahl im bayrischen Wahlkreis Weissenburg siegte der vom Zentrum unterstützte konservative Kandidat Walther Hildebrand mit 2560 Stimmen. Auf den liberalen Kandidaten entfielen 1933, auf den Genossen Hugo Ritter in Nürnberg 1333 Stimmen. In diesem fast rein ländlichen Wahlkreis ist die sozialdemokratische Stimmenzahl seit den allgemeinen Wahlen um 1005 gestiegen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 1. Februar.

Kinderschutz. Alle Fälle von Kindermisshandlung, Verstüppung, übermäßiger Ausbeutung melde man den Mitgliedern der Kinderschutz-Kommission:

Frau Söll, Steinrader Weg 32c,
" Freistaat, Warendorffstr. 1,
" Kleinfeldt, Glandorffstr. 8,
" Gierlich, Karpfenstr. 18 III,
" Hübner, Warendorffstr. 66 II,
" Hubert, Voignystr. 18, Hinterhaus,
" Bahr, Margaretenstr. 12,
" Mehls, Dankwartsgrube 68 III,
" Burmeister, Böttcherstr. 18,
" Engel, Eiswigstr. 24a

sowie im Arbeiterssekretariat und bei Frei-Meisterlein, Steinrader Weg 57 und Heinrich Radde, Peterstr. 40.

Der Bürgerschutz genehmigte resp. befürwortete in seiner heutigen Sitzung folgende Senatsanträge: Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung im Jahre 1906. Herauslegung der Gebühren für verhältnismäßig Zahlung der Beiträge zur Stadtwaßerversorgung. Errichtung einer Kunstuhrwerkstatt bei der Hanseatischen Gesellschaft in Berlin. Aufbau einer reichhaltigen Sammlung von Münzen zur Lübeckischen Geschichte. Kultur- und Kunstschilderung aus dem Nachlaß des Professors Dr. Theodor Hart. Errichtung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zu dem Gesetz vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1911. Weiter beschloß der Bürgerschutz, den von der Bürgerschaft überwiesenen Antrag von Gippert, betreffend sofortige Auszahlung eines Teils der Gehalts erhöhung für das Rechnungsjahr 1910 an die im Lübecker Staat Angestellten dem Senat entgegenzubringen. Der Bericht der Kommission zur Vorprüfung des Antrages Dühring, betreffend Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Enklave Muß-Rizerau wurde gutgeheissen und dem Senat überwiesen.

Lehrlingszucht. Die Gewerbeakademie bringt folgenden Beschluß, der die Genehmigung eines hohen Senats gefunden hat, zur öffentlichen Kenntnis: Die Mitglieder der Innung der Barbier-, Friseure- und Perückenmacher dürfen nur einen Lehrling und wenn sie regelmäßig Gehilfen beschäftigen, zwei Lehrlinge halten; im letzten halben Jahre der Lehrzeit dürfen die Mitglieder einen zweiten und wenn sie zwei Lehrlinge halten dürfen, einen dritten annehmen. Danach darf also ein Barbier, der einen Gehilfen beschäftigt, unter Umständen drei Lehrlinge ausüben. Wahrscheinlich soll der Beschluß der Gewerbeakademie aber doch tiefliegen lassen.

Zahlt Steuern! Der vierte Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1910/11 ist von den Steuerpflichtigen,

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 27.

Mittwoch, den 1. Februar 1911.

18. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin den 31 Januar 1911.

118. Sitzung. Nachmittag 1 Uhr.

Im Bündnis mit: Wermuth.
Präsident Graf von Schwerin-Löwitz: Meine Herren! Ich erhalte soeben die traurige Nachricht, daß eines unserer ältesten Mitglieder, der Abg. Sinauer, heute nachmittag gestorben ist. (Die Abgeordneten erheben sich.) Er war Mitglied des Reichstages seit der 6. Legislaturperiode, das ist seit dem Jahre 1884, also seit 27 Jahren. Sie haben sich zu Ehren des Gedächtnisses des Verstorbenen von den Plänen erhoben; ich stelle das fest.

Auf der Tagessitzung steht die dritte Beratung des Reichsverzinsungssteuergesetzes.

Es liegen wieder eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Eine Anzahl davon (Kompromissanträge) ist von Angehörigen aller Parteien — außer Sozialdemokraten und Bönen — unterzeichnet.

Bei der allgemeinen Besprechung gibt

Dr. Räuber (3.) der Freunde über die Kompromissanträge Ausdruck, die dadurch erzielte Verständigung habe ein brauchbares Gesetz geschaffen.

Dr. Arentz (4.): Das Gesetz wird für das Reich

wirksame Mehreinnahmen bringen, aber höchstens bis 1914

so lange der erhöhte Umsatztempel noch besteht.

Dem Grundbesitz bringt es Belastung, aber keine Belastung.

Man könnte es nennen: Gesetz zur Abmehrung der königlichen Kom-

munalsteuerung und zum Schutz der Bodenspekulanten.

Ich kann diesem Gesetz daher nicht zustimmen.

Dr. Südkampf: Als uns gestern die Kompromiss-

anträge auf den Arbeitsmarkt gelegt wurden, traute ich mei-

nen Augen nicht.

Die Unterchristen bedachten nichts mehr

und nichts weniger, als daß nun sämtliche bürgerliche Par-

teien mit Ausnahme der Bönen sich zu einem Kompromiß

zusammengetan haben. Den Kreislinien ist

wieder einmal das Herz in die Hosen gefallen,

sie haben fluchtartig die Hände verlassen, der sie bisher ge-

folgt sind und schließen sich dem blau-schwarzen Steuerblock

an, weil sie die glorreiche Vereinfamung fürchtet.

Herr Gung bringt das Ofer seines persönlichen Intellekts, um

für ein Gesetz zu stimmen, dessen Schwäche er ebenso gut

kennt wie wir und dessen stadtfeindlichen Charakter er in

der zweiten Lesung treffend gekennzeichnet hat. (Sehr

richtig! b. d. Soz.) Sehr können sich ja auch diejenigen

freisinnigen Herren, die bisher bei den Ordensverleihungen

leer ausgingen, in empfehlende Erinnerung bringen.

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten).

Die Kompromissanträge bringen neue Ermäßigungen, neue

Ausnahmen, neue Vergünstigungen und schwächen das Gesetz

derartig ab, daß wir dagegen stimmen werden, auch wenn

wir ganz allein stehen. Wir haben den Gedanken der Be-

steuerung des unverdienten Wertzuwachses freudig begrüßt

und haben uns in allen Stadien der Verhandlung bemüht,

an der Verbesserung des Gesetzes mitzuarbeiten. Leider bli-

ben wir fast regelmäßig allein. Die ausgepowerten Massen,

denen man bis Millionen meist indirekte Steuern aufge-

zwingt, hat lediglich zu dem Zweck, den Geldbeutel der

wirklich Zahlungsfähigen zu schonen, sollen

durch die Aussicht „Besitzsteuer“ getäuscht werden.

Aber diese „Besitzsteuer“ ist ein Messer ohne Klinge; die

sprichwörtliche Steuerschau der Weitenden hat Sie zu dieser

Auslöschung der Zuwachssteuer getrieben, und dazu kam

noch die politische Ermäßigung, uns das Gesetz unannehmbar

zu machen, um hinterher sagen zu können: die Sozialdemo-

kraten haben gegen die Besitzsteuer geäußert. Nun, meine Herren, wenn Sie dem politischen Ausgang dieser Affäre so ruhig entgegensehen wie wir, dann möchte ich Ihnen gratulieren. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Entwurf war ja kein Meisterstück, aber immerhin ein brauchbares Gesetz, auch dem Entwurf fehlte das energetische Zuvertrauen. Ein weiterer heutiger Form aber kann das Gesetz nicht mehr als Besitzsteuer angesehen werden. Es wird vielleicht nicht einmal soviel bringen, daß die Ansprüche der Kriegsteilnehmer befriedigt werden können. Herr Wermuth hat nicht einmal den Versuch gemacht, die Regierungsvorlage zu retten, dabei weiß er doch, daß sogar das Scheitern des Gesetzes seinen Grundgedanken nicht mehr umbringen kann, jeder kommende Reichstag würde ihm wieder auferstehen lassen. Der Schatzsekretär ist eben ein Teil des Kabinetts Bethmann-Holtweg, und weil dieser sich in den

Dienst des schwarzblauen Blocks gestellt hat, tut er es auch. Nachdem das Gesetz zahllose Abschwächungen erfahren hat und der Höhepunkt seines Inkrafttretens von 1910 auf 1911 verschoben ist, kann der Schatzsekretär nicht mehr behaupten, die Balanzierung des Staats und die Verpflichtung der Kriegsteilnehmer hinge von dem Zustandekommen des Gesetzes ab. Sie wollen den Kriegsteilnehmern sagen, die Sozialdemokraten haben gegen das Gesetz gestimmt, doch werden Sie damit keinen Erfolg haben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Für die Kriegsteilnehmer könnte gesorgt werden, wenn man die Verpflichtung im Heer und in der Marine unterdrückte. Aber es gibt auch noch andere Stellen im Staat, so bei dem Skandal der Einfuhrchein, gegen den der Schatzsekretär nichts unternimmt. Weiter erinnere ich an die Liebesgabe von 35 Millionen, die jährlich in die Taschen einer Handvoll agrarischer Brannweinbrenner geführt werden, deren Namen wir von der Regierung niemals haben erfahren können. Nur dieses System ist schuld, daß die Zollbeiträge für die Witwen und Waisen nicht den erwarteten Ertrag gebracht haben.

Könige, Fürsten, Grafen, Barone, lassen sich diese

Millionen gut schmecken; der verflossene Schatzsekretär hat in einem Anfall von Offenheit gesagt, daß das Brannweinsteuergesetz ein Kürzungsgebot ist. Nun die Kürzungsgebotung des Brannweinsteuergesetzes haben Sie mit Millionen gepeitscht, die Veteranen speist man mit Redensarten ab. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Das Gesetz, wie es jetzt entsteht, könnte sehr einfach gefasst werden: 1) es wird eine Steuer vom unverdienten Wertzuwachs erhoben. 2) diese Steuer wird nicht bezahlt. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In alterster Linie nicht von den Großgrundbesitzern, die in den legten Fahrzeiten ganz enorme Gewinne gemacht haben. — Die direkten Steuern lassen sich die Kunden bereits schenken; Porto und Fahrgeld bezahlen sie auch nicht; aber indirekte Steuern müssen sie zahlen. Die Wertzuwachssteuer ist aber eine indirekte Steuer. Die Hoffnung, daß der Reichstag fest bleibt, ist bei der schwankenden Natur der Nationalliberalen und wohl auch der Freisinnigen leider nicht sehr groß. Wir aber werden jedenfalls

gegen ein derartig verhunztes Gesetz

stimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Schatzsekretär Wermuth: Die Sozialdemokraten werben mir vor, daß ich jetzt die Regierungsvorlage preisgebe, während Sie ihr zustimmen würden. Diese Zustimmung allein würde mir aber nicht genügen, und dann ist es auch zweifelhaft, ob alle Sozialdemokraten der Regierungsvorlage zustimmen würden. Schrieb doch die „Leipziger Volkszeitung“: „Die Regierungsvorlage ist so schlecht, als ob sie von einem Militärwärter in seinen Muffestunden angefertigt wäre. (Große Heiterkeit.) — Die leider angenomme-

nen Abschwächungen sind nicht nur von der Landwirtschaft aus gegangen, sondern von allen Interessengruppen. Ich glaube aber trotzdem, die Verantwortung, das Gesetz abzulehnen, können wir nicht übernehmen.

Dr. Röslau (Kon.): bestreitet, daß die Konservativen in diesem Gesetz der Landwirtschaft besondere Vorteile zuwenden wollten. — Meine politischen Freunde hätten ja manches in diesem Gesetz anders gewünscht, wir werden aber mit wenigen Ausnahmen für das nach den Kompromißanträgen zu gestaltende Gesetz stimmen. (Bravo! rechts.)

Dr. Weber (Marl.): Alles Menschliche ist unvollkommen und so auch dieses Gesetz. Aber es besteuert doch den unverdienten Wertzuwachs, und es ist mir unbegreiflich, wie gerade die Sozialdemokraten gegen diese Besitzsteuer stimmen können. (Zurufe bei den Soz.) Sie (zu den Soz.) werden mit Ihrer ablehnenden Stellung bei Ihrer Agitation klagen machen. (Gott, bei den Soz. und Zurufe: Abwarten!)

Cuno (Vpt.): Was im Laufe der Beratungen aus der Wertzuwachssteuergesetz geworden ist, gefällt uns durchaus nicht. Ganz speziell beim Rentenamt, das sich ursprünglich für den Gedanken des Gesetzes begeisterte, ist ein merkwürdiger Wandel eingetreten. Wieder scheint man es in den maßgebenden Kreisen des Rentenamts darauf anzulegen, bei dieser „Besitzsteuer“ den Bezug zu schonen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Nachdem es sich nun aber gezeigt hat, daß nichts mehr zu erreichen ist, ziehen wir der bequemen Negation der Sozialdemokraten die positive Mitarbeit vor. (Lebh. Zust. d. bürgerl. Parteien). Die Landesfürsten, wenn sie spekulieren, von der Steuer freizulassen, dazu liegt kein Anlaß vor. Eine weitere Verschärfung über die Kompromissanträge hinaus könnte einen Teil meiner Freunde leicht bewegen, gegen das Gesetz zu stimmen. (Beifall b. d. Volkspartei.)

Dr. Südkampf (SD): Daß der Staatssekretär sich eine Mehrheit für das Gesetz schaffen muß, stimmt. Es kommt aber darauf an, wie er sie schafft. Der Staatssekretär hat die Vorlage von den Mehrheitsparteien nach ihren Wünschen machen lassen, anstatt die Parteien den Wünschen der Regierung willfährig zu machen. Und doch wäre das leichter leicht gewesen, da die Mehrheitsparteien gezwungen sind, ihre Sünden bei der Finanzreform zu bestrafen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn man uns sagt, der Grundgedanke der Wertzuwachssteuergesetz ist gut, so habe ich zu erwiedern: man kann dann Grundgedanken zustimmen und doch das Gesetz, weil es schlecht ist, ablehnen. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.)

Graefe (Antif.) erklärt sich für das Gesetz und gegen die Steuerfreiheit der Fürsten. Es sei durchaus kein Verstoß gegen das monarchische Prinzip, die Fürsten zu dieser Steuer heranziehen.

Zu der hierauf beginnenden Spezialdiskussion werden die ersten Paragraphen debattiert in der Hoffnung der zweiten Lesung nach den Kompromissanträgen angenommen. Dagegen eine Reihe von Paragraphen nach ungewöhnlicher Debatte.

Bei § 22 beantragen die Abg. Normann und Gen. (kon.) die „Wiederherstellung der von der Kommission und vom Rentenamt in zweiter Lesung gestrichenen Steuerfreiheit des Landesfürsten und der Landesfürstinnen.“

Reichsschatzsekretär Wermuth bittet dringend um Annahme dieses Antrages. Es handelt sich nicht um private rechtliche Vorteile, sondern um staats- und verfassungsrechtliche Grundzüge. Auch in der englischen Wertzuwachssteuergesetz findet sich die Bestimmung, daß das Vermögen des Monarchen nicht getroffen wird. (Bravo! rechts.)

Dr. Neumann-Hofer (FV): Die staatsrechtlichen Ausführungen des Staatssekretärs beziehen sich auf direkte

Burg Plümmeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.
(55. Fortsetzung.)

Beinhaltet Kapitel.

Mein lieber Eugen!

Für Ihr Schreiben meinen besten Dank, obgleich ich ge-

wünscht hätte, bessere Nachrichten darin zu finden. Daß es

so schlecht in Paris steht, hatte ich nicht gefürchtet.

Sie leußen; was hilft eine Republik ohne Republikaner und republikanische Institutionen, und wohl haben Sie recht zu diesem Schluß.

Denn was ein Obstbaum ohne Früchte, ist eine Republik ohne republikanische Institutionen. Aber Sie übersehen eines, mein lieber Freund, nämlich, daß sich dies ändern und leicht ändern kann. So lange Frankreich

das allgemeine Wahlrecht behält, so lange hat es das Mittel, sich republikanische Einrichtungen zu geben, indem es nach

und nach an die Stelle der Konsisten, Hammel-Bonzen und Schafe ehreliche und tapfrägige Männer in die Nationalversammlung wählt, und dies wird geschehen, es sei denn, daß die Mehrzahl des Volkes lasterhaft und verfaul märe

und infolgedessen so verdunnt, daß sie für ihre nächsten Interessen blind. Sollte dies der Fall sein, was ich jedoch nicht fürchte, so wird bald eine neue Revolution erfolgen.

Wenn Sie mich fragen, was in Frankreich geschehen müsse, um die Republik lebensstark zu machen, so antworte ich Ihnen: gerade das Gegenteil von dem, was geschieht.

Statt den Staat noch mehr zu zentralisieren, müßte er dezentralisiert werden. Noch nie gab es ein Reich von vierzig

Millionen, das von einem Punkte aus gerecht und freiheitlich geleitet worden wäre. Und dies liegt auch auf der Hand, denn wenn alle Räden in einen Punkt zusammenlaufen sollten, so muß ein feder, damit keine Verwickelung entsteht, stets straff angezogen und jeder freien Bewegung verhindernd sein, und also muß jede Selbstregierung der Bürger dort aufhören. Soll Frankreich wirklich zur Demokratie werden, so vornomendigt es sich jedenfalls, daß der Staat in eine Menge kleiner Republiken zerstülpfen wird, die nur bezüglich der auswärtigen Politik, der Armee und der Marine, vielleicht auch der Gelehrtengabe eine Einheit bilden, kurz, daß man in Frankreich die Schweiz und die Vereinigten Staaten nachahmt.

Sie muß hier sagen, was ich unter politischer und bürgerlicher Freiheit verstehe. Ich betrachte den Staat als politisch frei, wo jeder erwachsene, selbstständig, sich einähnende Bürger, entweder persönlich oder durch von ihm mitgewählte Abgeordnete, an der Gesetzgebung und Regierung teil hat, und wo weder Geburt, noch bürgerliche Stellung gelegitime Vorteile gewähren. Ich verstehe unter bürgerlicher Freiheit, daß kein Einiduum, keine Korporation durch Privilegien in der Ausbeutung der Kräfte und des Vermögens anderer geschützt, oder bevorzugt ist, und daß jeder einzelne tun und lassen kann, was er will, insoweit er nicht andere direkt dadurch beschränkt und beschädigt.

Heutzutage herrscht die meiste politische und bürgerliche Freiheit in Nordamerika und in der Schweiz. Im späteren Mittelalter fand sie sich, mehr oder minder annähernd, in einzelnen der kleinen Kantone Helvetiens, dann in Holsland in Genf und einigen Republiken Italiens, namentlich in Florenz, vielleicht auch einigen Hansestädten. In diesen kleinen Freistaaten, deren Einwohnerzahl sicherlich nicht den fünfzigsten Teil der Einwohnermasse des damaligen zivilisierten Europa betrug, bildete sich der Gährstoff des Menschen-

geschlechts. Wie es in Deutschland geht, wissen Sie ja. Nach Frankfurt sind gar viele Bauhausliche Bürgerenten gewählt. Das ist die gefährlichste Sorte von Politikern, denn sie hält sich stets übermäßig weise und meint, daß alles, was nicht wenigstens einen akademischen gradum erhalten hat, nicht wissen könnte, wo und wechselt ein Schuh drückt. Gott sieh uns bei! an fünfzig Professoren tagen in Frankfurt; was werden die Kerls nicht aus ihren Kompendien zusammenstöppeln, und wie viel Lüchte werden die nicht leuchten lassen wollen! Wir hier haben den langen Reinhardt gewählt. Das ist ein kreuzbraver und geschlechter Mann.

Sie wollen ja auch wissen, wie es in Boßdorf steht. Nun, ich suche mich nach meinem schwachen Kräften nützlich zu machen. Ich frage das Volk über seine Rechten und Pflichten aufzuklären. Heigt soll hier zu einer konstituierenden Versammlung gewählt werden und damit nicht ein Volksfeind gewählt wird, werde ich am Ende noch genötigt sein, selber als Kandidat aufzutreten.

In Mansberg ist auf meinen Vorschlag * ein Handwerker-Bildungsverein gestiftet, und die Polizei hat ihre überlängten Bokale und den Acker, worauf bisher zur Sommerzeit ihre Gäste freies Hungerleiden hatten, verfüllt, und für den Erlös ist sie eröffnet. Ich gebe dort einige naturwissenschaftliche Unterricht. In der Schule sijgen Juden und Christen durcheinander. Der Mansberger Zionswächter aergert darüber vor Angst, wie ein Zalglicht im heißen Sommer. Religion- und Sektenhass sind nämlich in Mansberg jetzt mausetot. Den Nazi-Joseph zerstört kein Mensch mehr um den Knochen vom heiligen Joseph, den er am Halse trägt, und kein Schlingel macht sich mehr ein Vergnügen daraus, den gläubigen Juden den Schabbatopf zu entlocken. Lehrer Habakuk Rosendorf ist seinen Glaubensgenossen mit quem Beispiel vorangestellt. Er unterrichtet in unserer Schule gratis im Schön-schreiben, und hat sein Läderchen auf die Gefahr hin, daß sie Metzvurst naschen kann, mittens zwischen die kleinen Christenkerlchen geschickt.

O. Habakuk, Du bist zwar kein Prophet und kein Engel wäre im Stande. Dich an Deinen Haarschopf durch die Lust zu tragen, sondern Du bist nur ein glatzköpfiger und übelbefohlder Vorbeteter und Schächer einer kleinen armen Judentumsgemeinde, aber dennoch bist Du ein ganzer Mann, denn Du opferst dem gemeinen Besten allmächtig einen Taler, der Dir für De

Steuern, hier aber handelt es sich um eine indirekte Steuer. Es ist angebietet worden, das Gesetz sei ohne die Steuerfreiheit der Fürsten für den Bundesrat unannehmbar. Mit ihr ist es für uns unannehmbar. (Bravo! links.)

Göhrte (SD): Auch uns hat Herr Wermuth nicht überzeugt. Die Landesfürsten hätten gut daran getan, nach der zweiten Lösung ihren freiwilligen Bericht auf die Steuerfreiheit zu erklären. Dieses umso mehr, als das Gesetz mit der Veteranenfürsorge in Verbindung gebracht ist. Da sie es nicht freiwillig getan haben, muß der Reichstag sie dazu zwingen. Es wird auf die Haltung des Zentrums und der Polen ankommen, ob der konservative Antrag angenommen wird. Sollte es geschehen, so würden die Zentrumswarbeiter die Haltung ihrer Abgeordneten nicht vergessen. (Lachen im Zentrum.) Ihr Lachen ist ein Verlegenheitslachen. Sie wären froh, wenn Sie nicht in so fataler Situation wären. Für uns wäre es eine Schande mit einem Gesetz, das einen solchen Paragraphen hat, vor das Volk zu treten. (Bravo! b. d. Soz.)

Behnert (Z) spricht sich für den Antrag Normann aus und hofft, daß seine Freunde ihm zustimmen.

Weber (NL): Unsere Stellung ist die gleiche wie in der zweiten Lösung. Wir wollen vor allem das freie Eigentum der Fürsten treffen, das durch keine Landesgesetze gebunden ist und außerhalb des Kronenregiments liegt. (Bravo! links.)

Dove (Rp.): Die staatsrechtlichen Ausführungen des Reichsjustizsekretärs entbehren jeder Beweiskraft. Hier handelt es sich nicht um die Person des Fürsten, und persönliche Vorrechte haben hier gar keinen Sinn. (Lebh. Zustimmung links.)

Reichsjustizsekretär Wermuth: Ich beweise Herrn Dove, daß ein großer Teil meiner Ausführungen wörtlich aus einem Gutachten des Staatssekretärs des Reichsjustizamts stammt. (Heiter.)

Hinck (NL): Die Gutachten, auf welche der Staatssekretär sich stützt, sollten veröffentlicht werden, damit die Wissenschaft darin Stellung nehmen kann. Viele Autoritäten dürften der entgegengesetzten Ansicht sein.

Ulrich (SD): Ich möchte die Herren, die in der zweiten Lösung gegen die Steuerfreiheit der Fürsten gestimmt haben, bitten, fest zu bleiben. Nichts ist unpopulärer als die Steuerfreiheit der Fürsten. Diese Steuerfreiheit wäre geradezu eine Bedrückung der armen Leute. (Unruhe rechts.) Die Bedenken des Staatssekretärs bezogen sich auf den Domänenbesitz, aber alle Fürsten haben auch Privatbesitz, für den die staatsrechtlichen Deduktionen des Staatssekretärs nicht zu treffen. Wenn das Gesetz für die Regierung unannehmbar ist, sollt die Fürsten Steuern zahlen sollen, in gratuierter Art zu dieser Tummler. Wir werden ihr dann einen Tanz aufspielen, an dem sie ihr Leben lang denken soll. (Bravo! bei den Soz.)

Graf Westarp (R.): Wir werden von unserer Stellung nicht absehen und uns auch durch die von der äußersten Linken angedrohte Agitation, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt. (Lebh. Widerspruch b. d. Soz.) nicht beeinflussen lassen. (Bravo! rechts.)

Dr. Südekum (SD): Eine Agitation, die den Tatsachen ins Gesicht schlägt, ja, die ein öffentlicher Skandal geworden ist, haben die Konservativen bei den letzten Nachwahlen getrieben. (Lebh. Sehr richtig! links.) Uns kann es nur angenehm sei, wenn die Herren den Antrag Normann annehmen. (Sehr mehr! b. d. Soz.)

Die Debatte wird geschlossen.

Die Abstimmung ist eine namentliche. Der Antrag Normann wird mit 166 gegen 138 Stimmen (bei 17 Enthaltungen angenommen). (Ironisches Bravo! bei den Soz.)

Der § 22 wird mit dieser Änderung angenommen. Dr. Neumann-Hofer (Vor.) beantragt, einen neuen Paragraphen einzufügen, w. nach die Landesregierung Maßnahmen von den Bestimmungen des § 22 zugunsten der Gemeinde treffen könne; man dürfe denjenigen Landesfürsten, welche die Zuwendungsteuer bezahlen wollten, dies doch nicht durch Reichsgesetz verhindern.

Reichsjustizsekretär Wermuth erklärt, daß gegen einen solchen Antrag keine Bedenken vorliegen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 12 Uhr. (Außerdem Petitionen).

Schluss 6½ Uhr.

Der Essener Meineidsprozeß.

Die Verhandlung am Dienstag wurde vom Vorsitzenden mit der Bemerkung eingeleitet, die „Kölner Zeitung“ habe den Sinn seiner Ansprache an die Geschworenen entstellt. Es sei ihm nicht eingefallen, zu behaupten, in der ersten Verhandlung sei der Schuldbeweis erbracht. — In der fortgesetzten Beweisaufnahme werden die Richter vernommen, die an den früheren Münsterprozeß beteiligt gewesen sind. Geheimrat Möser entstellt sich der Einzelheiten nicht mehr genau, schildert aber Münster als einen aufgeriegten und lebhaften Menschen. Der jetzige Erste Staatsanwalt Mantel, der in den Verhandlungen gegen Marggraf und Schröder als Staatsanwalt fungierte, erklärt, er erinnere sich der damaligen Verhandlungen sehr gut. Er muß sich aber vom Vorsitzenden zweimal darauf aufmerksam machen lassen, daß seine seigenen Befundungen nicht mit den gerichtlichen Prozessfolgen im Einklang stehen. Mantel sagt aus, eine klare Antwort auf die Frage, warum Schröder gefallen sei, wäre in den Prozessen nicht gegeben worden. Amtsgerichtsrat Taeschner hat in der Verhandlung gegen Marggraf als Zeugen mitgewirkt. Er gibt widersprechende Darstellungen über die Vorgänge in der Verhandlung. Der Staatsanwalt fragt, ob sich Münster bei dem zweiten Stoß gegen Schröder hätte bücken müssen. Der Verteidiger wird unter Hinziehung eines großen Gerichtsdieners mit dem Angeklagten Schröder vorgenommen. Es ergibt sich, daß Münster den Schröder auch zum zweiten Male hätte sloßen können, ohne sich zu blitzen. Im Verlaufe der Verhandlung kommt es zu einem heftigen Aufschub zwischen dem Verteidiger und dem Zeugen Mantel. Der Verteidiger beschreitet Mantel als im gewissen Sinne interessiert; er habe die Anklage gegen Marggraf vertreten und die heutigen Angeklagten darunter verhaftet lassen. Mantel erwidert darauf, er sei keineswegs interessiert; er habe damals nur die Hohheitsrechte des Staates vertreten und nicht anders gehandelt, als jeder andere Richter auch gehandelt haben würde.

Es wird darauf in die Vernehmung der Zeugen eingetreten, die über den Leumund Münsters aussagen sollen. Regierungssekretär Petri-Posen war früher Genoarm. Er befürchtet, Münster habe Heutzettel anderer Gendarmen einbehalten, für sich verwendet und nach Entdeckung der Misshandlungen die schiefen Zusammen durch geliehenes Geld erlegt. Aus den Kassabüchern der 7. Gendarmeriebrigade wird festgestellt, daß Münster Heutzettel bis zu 4 Monaten für sich behalten hat. Der Zeuge bezeichnet Münster als einen sehr aufgeriegten Menschen. Ein früherer Oberwachtmeister sagt aus, man habe Münster im allgemeinen nicht glauben können; Münster habe sich zahlreiche Dienstüberschreitungen zuladen kommen lassen, habe Vorfälle immer anders dargestellt, als die Zeugen und fast alltäglich mit dem Säbel zugeschlagen.

In der Nachmittagsitzung äußert sich Magistratsassessor Georg Wolf-Berlin zu dem gegen Münster eingeleiteten Disziplinarverfahren. Der Zeuge hat die Akten wegen dringenden Verdachts, daß Münster versucht hat, Zeugen zu unwahren Aussagen zu verleiten, an die Staatsanwaltschaft weitergegeben. Das gerichtliche Vorverfahren ist dann im Mai vorigen Jahres eingeleitet worden. Der Zeuge Magistratsbeamter Haß-Berlin sagt aus, er glaube Münster nicht auch dann nicht, wenn er schwört. Frau Münster in Berlin hat an Münster für die Bevorzugung von Rechtsangelegenheiten 50 Mk. bezahlt. In diesem Verfahren hat Münster den allerdings vergeblichen Versuch gemacht zwei Bäckergesellen zu falschen Aussagen vor Gericht zu verleiten.

Aus Nah und Fern.

Familientragödie. In der Scholpisen Straße Nr. 48 in Berlin hat die im 46. Lebensjahr stehende Hobammie in Gemeinschaft mit ihrer 20jährigen Tochter Selbstmord durch Gasvergiftung verübt, weil das Verlobnis der Tochter aufgelöst worden war.

Im Scherz erschossen. In der Nähe von Dresden ereignete sich infolge unvorsichtiger Handhabung eines Revolvers ein Unglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. In Zschieren bei Dresden erschoß der Huismacher Luehmann beim Rattenischen seine 26jährige Frau. Diese hatte vorher scherhaft geäußert: „Nun kannst du mich auch erschießen“, worauf ihr Mann die Waffe gegen sie richtete. Der Revolver ging los und die Frau wurde in die Brust getroffen. Sie war sofort tot.

Bergsteiger Reis. In Glarus (Schwyz, Liegnitz) starb nach Genuss von Reis der 20jährige Arbeiter Läubner. Der Onkel und der Stiefbruder des Verstorbenen sind unter Bergsturzgefahr in schwerer Erkrankung.

Panik im Kinematographen-Theater. In dem Kinematographen-Theater am Dönerer Tor in Niederschlema kam es Montag abend zu einer erregten Szene. Ein angeharter Mann stießangriff mit einer Frau. Es entstand ein Wortwechsel, in dessen Verlauf der Mann eine Schreie erhielt und gewaltsam aus dem Raum entfernt werden sollte. Plötzlich ertönte der Ruf „Feuer!“ Alles stürzte den Flügeln zu. Es entstand ein derartiges Gedränge, daß ein Kind in gefährliche Verletzung kam. Eine Frau mit einem dreijährigen Kinder erhielt ebenfalls derartige Quetschungen, daß sie sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Eine andere Frau wurde zur Boden gerissen und durch Fußtritte so zugerichtet, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der Frühstücksposten der Patrioten. Wie die „Bayerische Beamten-Zeitung“ mitteilte, fand aus Anlaß der 40jährigen Wiederkehr des Jahrestages der Reichsgründung in dem oberpfälzischen Städtchen N ein Frühstück statt. Aber diese Tafelade allein würden wir uns natürlich nicht weiter aufregen. Aber die Angelegenheit wird dadurch in eine besondere Bedeutung gerückt, daß von den Herren Amtsvorständen den Beamten — auch denen des niederen Dienstes — bedeutet wurde, alle jene hätten dienstfrei, die sich am Frühstück beteiligen. Wer nicht daran teilnehme, müsse arbeiten. Tatsächlich ist es denn auch so gemacht worden. Wer mitzehrte, dessen Arbeit war an diesem Tage, denn der Frühstücksposten dauerte fast den ganzen Tag an, entbehrlich.

Mit einem Hotelomnibus verunglückt. Ein schwerer Unfall ereignete sich, wie aus Trautenau gemeldet wird, unweit der Bahnstation Schwadomig. Als der vom Bahnhof zurückkehrende Omnibus des Hotels Baranci, der dicht besetzt war, an einem anderen Fuhrwerk vorübersahen wollte, schwenkte die Pferde und gingen durch. Der Omnibus stürzte in einen Bach und wurde vollständig zertrümmt. Drei Reisende und eine Frau wurden schwer verletzt und erlitten komplizierte Anschwellen, vier weitere Personen wurden leichter verletzt.

Durch Einbruch von Kohlebänken verunglückten in Wils vier im dortigen Zementwerk beschäftigte italienische Arbeiter, Vater und drei Söhne. Die Biederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Verunglückten hatten, um sich zu wärmen, an der Schlossstätte ein offenes Feuer angezündet und vor dem Schloßengang die Türen geschlossen.

Ein geistlicher Pestelpädagoge. Lotte Sachen weiß unser Münchener Parteiblatt, die „Münchener Post“, von dem Schulinspektor und Pfarrer Peter Schamper in Bozenhausen, dem nordöstlichen Stadtteil Münchens zu erzählen. Es wird u. u. berichtet: Seit Pfarrer Schamper in der Bogenhauser Volksschule Religionsunterricht erteilt, regnet es auf die Kinder Stockprügel! Mit Angst sehen die Kinder der Religionsstunde entgegen. Das tabelllose Herzogen auswendig gelernter Sätze ist ihm die Hauptfache. Als er jüngst eine Schülerklasse zur Beichte und Kommunion vorbereitete (?) und das schablonenhafte Hersagen der einzelnen Artikel nicht überall ganz klappig, verabreichte er während einer halben Stunde 52 Tagen! Der Stock des Klassenlehrers genügte dem geistlichen Schulinspektor aber nicht, darum brachte eines Tages die Pfarrerskönigin ein neues spanisches Rohr. Eine Stunde, in der das Thema von der „heiligmachenden Gnade“ erörtert wurde, begann der Pfarrer mit der Frage an einen Schüler: „Hast Du den Stock hergerichtet?“ Ein Schüler, der das G in „Gnade“ wie R sprach, erhielt zwei Tagen! Als der Junge schüchtern meinte, er habe doch nichts Falsches gesagt, bekam er noch zwei dazu. Ein etwas fröhlicher Schüler stotterte etwas während des hochnotpeinlichen Exams. Der Pfarrer rief: „Der stottert ja und gab dem Kinde zwei Tagen. Um diesem Tage der Gnade kam die Klasse „anständig“ mit 24 Tagen weg.“ Nach den letztwähnten empörenden Vorkommnissen kam es, wie eine ganze Anzahl Schüler übereinstimmend erzählten, im Klassenzimmer zu einem Austritt zwischen dem Pfarrer und dem anwesenden Lehrer, der dieser ungerechten Behandlung nicht mehr zuleben konnte. Als dann der Lehrer wegging, verbot der Pfarrer den Schülern, von dieser Episode weder unter sich, noch zu den Eltern zu sprechen. (Anleitung zur Wahrhaftigkeit!)

Ein schauerlicher Mord. In Charleroi wurde die 75jährige Frau Renaux von ihrem früheren Geliebten mit einer Axthiebe begegnet. Der Mörder hat seinem Opfer 12 Axthiebe beigebracht. Der Kopf war gräulich verstimmt. Die älteste Tochter der ermordeten entdeckte die Leiche der Mutter und alarmierte die Nachbarn. Das Drama hatte sich wenige Minuten vorher abgespielt. Der Mörder versuchte sich zu erhängen, wurde aber noch rechtzeitig abgeschafft. Er erklärte, er werde später Rede stehen, was ihn zu der Tat veranlaßt habe.

Ein Pseudo-Tolstoi. Im Gouvernement Wiesbaden missbraucht ein findiges Bettlerpaar in geriebener Weise den Namen Tolstoi. Ein Bettler, der Tolstoi sehr ähnlich ist, zieht mit einem Genossen von Dorf zu Dorf und erklärt den erstaunten Bauern, daß er der große Tolstoi und sein Begleiter sein intimer Freund Scherckow sei. Die Bauern versammeln sich um das seltsame Paar und verünnen anfangs einzuwenden, daß Tolstoi tot sei; doch weiß der Pseudotolstoi ihre Bedenken durch den einfachen Hinweis zu zerstreuen, daß alle Meldungen über seinen Tod nichts weiter als eine von der Regierung in den Zeitungen in Umlauf gesetzte unverstümmelte Lüge seien. Das leuchtet den Bauern sehr bald ein, denn der Vergleich mit den weitverbreiteten Bildern Tolstois zeigt, daß der Bettler die Wahrheit spricht. „Tolstoi“ bittet schließlich die Bauern, ihm etwas von ihrem Überfluss abzugeben, da er selbst nichts mehr belegt, seit er sein Gut Jahnaja Poljana unter die Bauern verteilt hat. Daraufhin fliehen die Almosen sehr eifrig und die gleichmächtigen Bauern stellen dem Pseudotolstoi und seinem Freund einen Gespann zur Verfügung, damit sie das nächste Dorf schneller erreichen können. Auf diese Weise wandelt der tote Tolstoi noch heute durch Rußland, findet überall offene Türen und lebt von der Milde der Bauern, die ganze Legenden von ihm zu erzählen wissen.

Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Die Strafkammer in Darmstadt verurteilte den Landtagsabgeordneten und früheren Bürgermeister Adalbert Seeling aus Lampertheim wegen Erhebung zu hoher Gebühren zu drei Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte sich in seiner Eigenschaft als Ortsvorsteher und Standesbeamter bis März 1904 dieser Vergehen in zahlreichen Fällen schuldig gemacht.

Standart im Hause Tolstoi. Zwischen der Witwe Tolstois und seiner Tochter Alexandra ist es wegen seines literarischen Nachlasses zu offenem Bruch gekommen. Die Gräfin verweigert die Herausgabe der Originalhandschriften, die im Moskauer historischen Museum aufbewahrt werden. Die Komtesse verbietet ihrer Mutter durch notariellen Akt den Zutritt zum Aufbewahrungsräum, ferner inhibierte sie bis zur Herausgabe der Handschriften den Druck der ihrer Mutter gehörigen Werke, von denen eben eine zwanzigjährige Ausgabe unter der Presse ist.

Ermischter Mädchenhändler? Auf dem Bahnhof in Saarbrücken wurde ein gutgekleideter Herr verhaftet, in dessen Begleitung sich zwei Mädchen befanden. Diesen wollte er angeblich nach Argentinien Stellung verschaffen. Die Polizei glaubt, einen gefährlichen Mädchenhändler erwischt zu haben, der eine größere Anzahl Mädchen aus dem Saar-Revier verschleppte.

Aus der „Fürsorge“ in den Tod. Einen verwegenen Fluchtversuch aus der Erziehungsanstalt hat das 15 Jahre alte Fürsorgemädchen Maria Gercke mit dem Leben bezahlen müssen. Das Mädchen war vor kurzer Zeit der Erziehungsanstalt Sichar in Blögensee überwiesen worden, trug sich aber von vornherein mit Fluchtgedanken. In der Nacht zum Montag befuhr Maria Gercke den Plan auszuführen. Sie schnitt ihr Bettlaken in Streifen, verknüpfte sie zu einem Seil und ließ sich daran von ihrem im dritten Stockwerk belegenen Zimmer in den Hof hinab. Das Seil riss entweder und das Fürsorgemädchen stürzte auf das Blaster des Hofs, wo es mit zerstochertem Schädel tot liegen blieb. Man nimmt an, daß Maria Gercke bei der Flucht Helfershelfer hatte, die sie an der Astaltemauer erwarten. Die Leiche wurde beschlagahmt und nach der Leichenhalle des Gemeindetriedhofes in Blögensee gebracht.

Aus der besten der Welten. „Athenpolis“ meldet aus Bardö: Von sieben arbeitsuchenden Russen sind zwischen Flecken und Belschenga zwei ertrunken. Von den übrigen gelangte einer unter großen Mühsalen nach Belschenga, die andern lehrten völlig erstickt nach Flecken zurück.

Der Vulkanausbruch auf den Philippinen. Die Ausbrüche des Vulcans Taad auf der Insel Luzon haben noch nicht aufgehört, sie dauern vielmehr in unveränderter Stärke an. Manila ist nicht bedroht, wie von dort telegraphiert wird. Die Zahl der Toten beträgt täglich ungefähr 400. Man glaubte anfangs, die Flutwelle auf ein Unterseebeben zurückzuführen zu müssen. Erst später erkannte man als Ursache der Katastrophe den Ausbruch des Vulcans, der sich auch unter Wasser einen Ausweg gebahnt und dadurch die Flutwelle verursacht hat.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Eh. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Günter in Lübeck.

welche im Besitz eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. Februar 1911 bei Vermeldung des Zuschlages der geistlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Jahrestermine nicht zur Folge.

Jahres- und Kassenbericht der Verwaltungsstelle Lübeck des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1910. Unsere Hoffnung, die wir am Jahreschluss 1909 in unserem Bericht ausdrückten, daß das kommende Jahr eine Besserung in bezug auf Arbeit und Verdienst für unsere Kollegen bringen würde, ist zu einem Teile in Erfüllung gegangen. Mit Jahreschluss hob sich die Geschäftskonjunktur. Die Betriebe waren durchweg mit Aufträgen genügend versiehen. Die Unternehmer waren genötigt, die Betriebe wieder voll zu besetzen, verschiedene stellten nicht nur die Zahl der im Vorjahr wegen Arbeitsmangel entlassenen Arbeiter wieder ein, sondern sie waren genötigt, die Arbeiterzahl bedeutend zu vergrößern. Die Kochische Schiffswerft, welche im Vorjahr nur wenig Arbeiter beschäftigte, ist heute wieder in vollem Betriebe. Unsere Arbeitslosenzahl ging trotzdem nur allmählich herab. Eine ganze Zahl von Kollegen hatte noch lange Zeit unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Dieses ist aber mehr oder weniger dem Arbeitsnachschwelle in der Engelsgrube zuzuschreiben. Wie oft haben wir wahrgenommen müssen, daß den augeresten Arbeitern sofort Arbeit nachgewiesen wurde, während für die hier Anfassenden, welche schon Wochen und Monate sich um Arbeit für den Tag zweimal dort bemühten, immer noch nichts vorhanden war. Auch wurden in den Tagesblättern der größeren Städte Arbeiter nach hier gesucht, obgleich genügend Arbeitslose von allen Berufen hier vorhanden waren. Beschwerden hierüber bei dem Vorsitzenden des Arbeitsnachschwelles hatte nur sehr selten Erfolg. Da darf man sich nicht wundern, wenn dem einen oder dem anderen Arbeiter über solche Ungerechtigkeit der Geduldssaden reift. Solche Kollegen, die dem Beamten mal die Wahrheit sagten, waren aber dann auch so gut wie abgefunden von der Vermittlung von Arbeit. In den meisten Fällen ist es uns aber gelungen diesen Kollegen Arbeit nachzuweisen. Wir haben daher auch nicht nur unseren Verlust an Mitgliedern, welche wir zum ersten Male seit Bestehen des Verbandes am Schlusse des Jahres 1909 zu verzeichnen hatten, wieder wett gemacht, sondern die frühere Zahl bedeutend überschritten. Unsere Mitgliederzahl betrug am Jahreschluss 1909 2187 und heute sind es 2501. Die Kassenverhältnisse haben sich dementsprechend auch günstiger gestaltet. Wir haben aber auch nicht verzerrt, die Rechte unserer Mitglieder nach jeder Richtung hin zu vertreten. Es gab auch in diesem Jahre in verschiedenen Betrieben anlässlich beabsichtigter Verdienstschmälerungen Differenzen mit den Arbeitgebern, die wir aber so gut wie nur möglich abzuwehren versuchten. War es doch die Firma Ewers u. Pfeiffer, welche den Arbeitern zumutete, des Abends eine halbe Stunde länger zu arbeiten, dafür sollte eine halbe Stunde Verpausa eintreten. Hiermit ist die Firma nicht durchgedreht. Bei der Firma G. Harder flossen die Schlosser-Arbeiten mit im Aktiv übernehmenden, die früher in Lohn hergestellt wurden. Die Schlosser verlangten aber eine entsprechende Entschädigung dafür; dagegen sträubte sich die Firma. Nach mehrmonatlichen Verhandlungen wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Arbeiter die Entschädigung erhielten. Bei der Firma Dräger (Drägerwerk) drohte es wegen Herabsetzung der Umsatzprämie zu ernsten Differenzen zu kommen. Auch dieses wurde, trotzdem sich die Firma so sehr dagegen sträubte, zum größten Teile abgewehrt. Die Sache stand schon auf des Meisters Schneide, die Kollegen hatten schon beschlossen, in den Streit einzutreten. In der letzten Stunde fassan sich die Firma eines besseren und machte den Arbeitern Zugeständnisse, womit sich diese zufrieden gaben. Der Erfolg ist einzig und allein der Geschlossenheit der Arbeiter zu verdanken. Am 8. August wurden anlässlich des Streits der Werftarbeiter in Hamburg bei der Kochischen Schiffswerft und von der Lübecker Maschinenbaugesellschaft 60 Proz. der Arbeiter ausgesperrt. Die übrigen 40 Proz. der Arbeiter erklärten sich mit ihren ausgesperrten Kollegen solidarisch und traten in den Streik. Wir waren mit 670 Kollegen beteiligt; davon waren 444 verheiratet, mit 817 Kindern, 216 ledig. Der Kampf wähnte vom 12. August bis 8. Oktober. Die Zugeständnisse der Unternehmer haben wohl nicht alle Beteiligten befriedigt, aber nach Lage der Sache schien es geboten, diese anzunehmen. In der Versammlung, in welcher die Arbeitsaufnahme beschlossen werden sollte, stimmten sämtliche Gewerkschaften zusammen ab. Für Arbeitsaufnahme stimmten 688, dagegen 332, 10 Zettel waren unbeschrieben. In der Agitation haben wir es nicht fehlen lassen; es fanden zahlreiche Werkstätten-Versammlungen und Besprechungen sowie 15 Vertrauensmännerversammlungen statt. Auch wurden 3 Versammlungen in Rüschow, 2 in Schlutup und eine in Schwartau abgehalten. In Oldesloe machte es sich ebenfalls notwendig, daß die Ortsverwaltung zweimal wegen Streitigkeiten unter den Kollegen eine Versammlung veranstaltete. Die Zahl unserer Einzelmitglieder in den Orten Rüschow, Schlutup, Oldesloe, Gutin, Radeburg, Mölln und Ahrensöde hat sich nicht vergrößert. In neuerer Zeit scheint es auf dem Hochszenen etwas besser vorwärts zu gehen. Mitglieder-Versammlungen fanden 22 statt, die durchschnittlich eine geringe Besucherzahl aufzuweisen hatten. Dieses gab den Anlaß, den Versammlungstag vom Mittwoch auf den Sonnabend zu verlegen. In drei Versammlungen wurden Vorträge gehalten. Die Ortsverwaltung erledigte ihre rein geschäftlichen Angelegenheiten in 26 Sitzungen. Die Korrespondenz war auch in diesem Jahre eine recht rege zu nennen. Zu erwähnen wäre noch, daß auch die Bauschlosser ihren Tarif gekündigt haben und in diesem Jahre in eine Tarifbewegung eingetreten werden. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen einschließlich eines Kassenbestandes von 422,90 Mt. und eines Zuschusses aus der Hauptkasse von 67 000 Mt. 181 224,95 Mark, die Ausgaben 122 179,05 Mt. An die Hauptkasse wurden 7000 Mt. abgeführt, bleibt ein Kassenbestand von 204,90 Mt. An größeren Ausgaben sind zu verzeichnen: Reisegold 1863,- Mt., Krankenunterstützung 19 283,40 Mt. (1909: 22 740,90 Mt.), Arbeitslosenunterstützung 12 614,80 Mark (1909: 34 432,45 Mt.), Streikunterstützung der Werftarbeiter 72 403,25 Mt., Streikunterstützung der Bauarbeiter 2207,15 Mt., Magazinregelungsunterstützung 168,05 Mt., für beladene Notfälle 260,- Mt., Sterbegeld 485,- Mt. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 24 610,72 Mt., eine Ausgabe von 29 249,29 Mt., Kassenbestand 18 216,84 Mt. Für die Werftarbeiterauspräfung wurden 12 055,45 Mt. für die Bauarbeiterauspräfung 192,85 Mt. ausgegeben. Ferner wurden für die ausgeworfenen Bauarbeiter 1500 Mt. aus der Lokalkasse bewilligt und 1072,40 Mt. auf Listen gesammelt. Im allgemeinen können wir mit dem Verlauf des Geschäftsjahrs zufrieden sein, wenn in Zukunft wiederum die Kollegen und Kolleginnen ihre volle Pflicht tun, um den Verband nach allen Richtungen hin zu stützen, so wird es uns auch in diesem Jahre nicht schwer fallen, die uns bevorstehenden Kämpfe siegreich zu bestehen.

Die Bündler für die Besteuerung der Konsumvereine in Bremen sind dieser Tage eine gemeinsame Konferenz der drei hanseatischen Gewerbevereine

statt, die sich auch mit der Besteuerung der Konsumvereine beschäftigte. Über die dazu gehaltenen Reden und gesprochenen Beschlüsse wird allgemeines Stillschweigen beobachtet. Bei der reaktionären Haltung, die speziell die Lübecker Gewerbeverein in allen Arbeitserfragen einnimmt, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß sich die Konferenz für die Erdroßlung der Konsumvereine ausgespielt haben wird. Es sollte uns freuen, wenn es anders wäre.

Das Briefgeheimnis der Postbeamten ist durch Reichsgerichtsentcheidung erweitert worden. Es wurde nämlich festgestellt, daß sich die Amtsgeheimnisse der Postbeamten nicht nur auf das Verschweigen des schriftlichen Inhalts von Poststücken beschränkt, sondern daß sich das Amtsgeheimnis auch auf die Adressen aller durch die Post beförderten Sendungen bezieht. Ein Postbeamter ist demnach nicht berechtigt, irgendwelcher Person mitzuteilen, ob und wann an irgendeiner eine Postsendung angekommen ist.

Volkentrecht und Polizeiwille ist der Titel einer soeben zum Preise von 40 Pf. erschienenen Broschüre, die den stenographischen Wortlaut der vom 9. bis 14. Dezember v. J. gehaltenen Reden unserer Genossen Dr. David, Dr. Frank und Scheidemann, und die des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg zu dem Reichshaushalt-Gesetz enthält. An die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins wird die Broschüre, solange der Vorrat reicht, zum Preise von 25 Pf. im Parteisekretariat, Johanniskirche 50, abgegeben.

Als Leiche aus der Oberstraße gezogen wurde am Sonnabend abend ein Mann, der anscheinend im trunkenen Zustand ins Wasser gelaufen war. Eine Frau, welche den Unfall bemerkte, machte Schleunigst einen Schuhmann davon. Mitteilung, doch konnte der Verunglückte nur als Leiche geborgen werden.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen Donnerstag kommt an Stelle der Oper "Die Zauberflöte" Lorngangs Oper "Lindine" zur Wiederholung, da mehrere Erkrankungen im Opern-Personale eingetreten sind. Am Freitag findet die Premiere der Opern-Novität "Wer sie geht" von Leo Blech und hierauf eine Aufführung der romantischen Oper "Das blaue Meer in Grönland" von Kreuzer statt. Das erfolgreiche Werk "Wer sie geht" ist anlässlich der Uraufführung vom Stadttheater in Hamburg als die beste komische Oper der letzten Jahrzehnte bezeichnet worden. Leo Blech hat hier zu einem wirklichen lustigen Stoff eine Musik geschaffen, die an entzückender Melodik, an blendend geistvoller Instrumentierung alles übertrifft, was auf dem Gebiete der komischen Oper in den letzten Decennien hervorgebracht wurde.

Arbeiter, meidet den Schnaps!

Mit jedem Gläschen, das ihr trinkt, verleiht ihr dem Staat und der herrschenden Gesellschaft Mittel zu eurer Knechtung und, was noch schlimmer ist,

ihr betrügt euch selbst.

Keiner Alkoholgenuss ist eine Steuerzahlung!

Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch ihren Alkoholverbrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und den Materialismus und ernähren ihn doch selbst durch ihren Alkoholgenuss. Niemand zwangt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eignen Fesseln binden sich den Geist und binden sich die Hände, liefern sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkoholgenuss!

Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefassten Resolution.

Schwartau. Eine Zusammenkunft der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins findet am 3. Februar, abends 8½ Uhr im "Gasthof Frankoal" statt. Die Genossin Leu wird Erläuterungen zu dem am 19. März stattfindenden Frauentag geben. Die Genossinnen und auch die Frauen der organisierten Arbeiter müssen vollzählig erscheinen.

Rensfeld. Die erste Gemeinderatsitzung in diesem Jahre verlief nicht so ruhig, wie es sonst wohl durchweg der Fall gewesen ist. Der Grund ist leicht zu finden: unsere Genossen sind jetzt in der Mehrheit. Sie bestreiten an der Hand des Kommunalprogramms grundsätzliche Politik, die der Minorität (Bauern und Mittelstand) nicht gefallen will, umso mehr, weil sie mit der Durchführung der Beschlüsse zu rechnen haben, was ja früher nicht der Fall war. Aus diesem Grunde kommt schon von selbst ein regeres Leben in unsere Gemeindepolitik, was sich auf beiden Seiten bemerkbar macht. Daraus war auch die Stimmung des Gemeindevorsteher zu erklären, der über Anträge unserer Genossen nicht abstimmen ließ, und ironische Bemerkungen machte. Er geriet jedoch logischerweise auf die Ausführungen eines unserer Genossen: "Wir leben im kapitalistischen Staat," das alte Märchen von den Mäntelnhärtinnen des Genossen Singers aufzutischen. Unsere Genossen lachten sich dadurch, aber nicht irritieren. Als Beigeordneter wurde der Genosse Aug. Schröder, in die Schulkommission die Genossen Gustav Hardt und Karl Weinowski gewählt. Die Lebensmittellieferung für das Armenhaus mußte neu vergeben werden. Bisher hatten die Lebensmittelhändler von Rensfeld ziemlich der Reihe nach die Lieferung bekommen. Unsere Genossen stellten den Antrag, die Gemeinde möge Mitglied des Konsumvereins für Lübeck werden. Im eindrucksvollen Weise begründete Genosse Staack den Antrag. Zimmermeister Meyer trat für den Mittelstand ein, seine Ausführungen zeigten, daß er sich auf dem Gebiete der Kenntnis des Genossenschaftswesens keine Vorbeeren erringen kann. Der Gemeindevorsteher erklärte, bei Annahme des Antrages beschreibe bei der Regierung zu erheben. Ob dadurch das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinde gefördert wird, bezweifeln wir. Auf Wunsch der Minorität sollen auch die Geschäftsführer Preisverzeichnisse einreichen und der Antrag auf die nächste Tagesordnung kommen. Wenn die Preise des Konsumvereins fordern, taucht die Frage auf, ob sie dann nicht auch mitsande sind, ihre Preise den Einwohnern der Gemeinde gegenüber zu ermäßigen, da die bedeutsam hohe angelegt werden. Dann forderten unsere Genossen, die Sitzungen nach Rensfeld zu verlegen und in den Abendstunden abzuhalten. Der Gemeindevorsteher berief sich auf die Gemeindeordnung, nach welcher er nur darüber zu bestimmen habe, unsere Genossen ebenfalls, indem sie darauf hinweisen, daß die Festlegung der Tagesordnung nach der Gemeindeordnung dem Gemeinderat zukomme; die Entscheidung wurde auf die

nächste Sitzung vertagt. Ebenfalls auf die nächste Tagesordnung wurde die Anstellung einer Gemeindepflegerin in Rensfeld gesetzt. Auf dem Schulhof in Rensfeld soll ein Sencken angelegt werden. Betreiber des Schulhauses in Horsdorf wurden vom Bauleiter verschiedene Mitteilungen gemacht; laut Beschluss sollen die Konventionalstrafen wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Hauses nicht erhoben werden. Der Antrag der Hebamme Friederike auf Zuschuß von 100 Mt. wurde abgelehnt. Um 8½ Uhr wurde die Sitzung nach Erledigung von Steuer- und Armenfischen geschlossen.

Natelow. Achtung! Gemeinderatswahl vom 28. November v. J. beanstandet wurde, ist laut Aufgabe der Regierung noch ein Gemeinderatsmitglied neu zu wählen. Das zu wählende Mitglied braucht nicht mit 5 Hektar Grundbesitz anfängig oder mit 15 Mt. Grund- und Gebäudesteuer veranlagt zu sein. Die Wahl ist angelegt zu Sonnabend, den 11. Februar nachmittags von 1 bis 4 Uhr. Seine Stimme abgeben kann jeder, welcher im November des vorigen Jahres in der Wählerliste eingetragen war.

Hamburg. Großfeuer. Am Grevenbaum geriet Montag abend der etwa tausend Quadratmeter große Schuppen der Firma Philipp Holzmann u. Co. in Brand. In dem Gebäude lagerte Material, das zum Bau des Elbtunnels gebraucht wird, in Stroh gepackte Steinplatten, Isolierkortplatten und dergleichen. Als die Löschmannschaft eintrat, stand der ganze Schuppen in hoch aufsiedlenden Flammen. Besondere Aufmerksamkeit mußte darauf verwendet werden, das überpringen der Flammen auf einen benachbarten Schuppen, in dem feuergefährliche Flüssigkeiten aufbewahrt werden, zu verhindern, was auch völlig gelang.

Aus der Partei.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Gegenüber Bebel widmete zunächst dem dahingestellten Gesang "Sänger" einen längeren tiefempfundenen Nachruf. Von der nationalliberalen Reichstagsfraktion war folgendes Beileidsdichter eingesungen:

"Die nationalliberale Reichstagsfraktion will nicht verschleiern, der sozialdemokratischen Fraktion beim Ableben ihres langjährigen Vorsitzenden, des Abg. Singer, ihr aufrichtiges Beileid und lobhaftes Mitgefühl auszusprechen." Prinz Schönach-Carolath.

Dr. Heinze.

Die anderen Fraktionen des Reichstages mit Ausnahme der Antisemiten, haben persönlich ihr Beileid ausgesprochen. Zum Redner für die Fraktion bei Singers Beerdigung wurde Genosse Molkenbuhr bestimmt. Die Fraktion trat dann in die Beratung der Anträge ein, die zur Strafgefechtseule gestellt werden sollen.

Die Beerdigung Paul Singers findet am nächsten Sonntag vom "Vorwärts", Lindenstraße 69, aus statt. Ob die Beerdigung schon am Vormittag oder erst am Nachmittag erfolgt, steht noch nicht fest. Singer wird auf dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde begraben. Der Zug wird ungefähr denselben Weg einschlagen, wie bei der Beerdigung des Genossen Auer. Auch die außeren Formen werden im großen ganzen dieselben sein. Es werden Musikköre im Zug marschieren und auch umfahrene Fahnen mitgeführt. Die Partei stellt die Ordner selbst.

Das Reichsgericht erwartet die Revision des sozialdemokratischen Redakteurs August Weismeyer, der am 18. Mai 1910 vom Landgericht Braunschweig wegen Beleidigung der Landesregierung in einem Falle und wegen Beleidigung der Braunschweiger Polizei in sechs Fällen zu neuen Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Gewerkschaftsbewegung.

Textilarbeiterstreit. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Dr. A. Nitschke, Appreturanstalt in Blaauen im Vogtland haben Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Die männlichen Arbeiter verdienten bei dieser Firma 14,60 bis 19, Mt. die Arbeiterinnen 9–12 Mt. Im November vorher forderten sie eine Lohnzulage von 1–2 Mt. pro Woche. Mit dem Hinweis, daß die vom Arbeitgeber verlangten Ermittlungen, ob die Forderungen auch gerecht sind, noch nicht abgeschlossen seien, wurden die Arbeiter hingeblendet. Auf wiederholte Anfrage erhielten sie am 23. Januar zur Antwort, daß sie wegen eines definitiven Beschlusses bis Februar geduldet müssen. Ein letzter Versuch, die Sache in Güte beizulegen, schiederte, das Personal legte die Arbeit nieder. Schon eine halbe Stunde nach Beginn des Streiks war die Polizei gegen die Streikposten auf den Beinen. — Bei der Firma Paul Buschmann in Blaauen haben am Sonnabend 16 Streikende die Arbeit eingestellt. Der Firmeninhaber hat zwei Streikende sofort entlassen, weil diese sich unterstanden, einen gehetzten Arbeitsraum zu verlangen.

Aus dem Gerichtsraum.

Eine kleine Familie. Nach zweiwöchiger Dauer wurde vor dem Schwurgericht in Gnesen ein Prozeß gegen den Kaufmann Heymann, seine Ehefrau Dorothea, deren Tochter Tina, deren drei Söhne Joseph, Benno und Marth, sowie deren Schwiegersöhne Löwenthal und Wagenheim und des letzten Ehefrau wegen Konkurrenzschwäche dazu beendet. Heymann betrieb in Gnesen seit Jahren ein Seifen- und ein Konfektionsgeschäft. Im Jahre 1909 meldete er Konkurrenz an, obwohl er und seine Kinder Sparkassenbücher befreit, die sie verheimlichten. Kurz vor dem Konkurse gingen auch Räume mit Waren aus seinem Geschäft an seine im Westen Deutschlands ansässigen Kinder ab. Das Urteil lautete gegen sämtliche Angeklagten auf je drei Monate Gefängnis. Die Kosten des Prozesses betragen gegen 10 000 Mt.

Kommunales.

Nach Moabit. Das Erstehen des Berliner Magistrats um Übertragung weiterer Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadt war vom Oberpräsidenten ablehnend beschieden worden. In der letzten Sitzung des Stadtverordnetenfolkgremiums wurde die Beratung über diese Angelegenheit vertagt. Zu der Vorlage hat die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag eingebracht: "Die Versammlung erachtet den Magistrat a) mit den Staatsbehörden zwecks Übertragung sämtlicher Zweige der Polizei auf die Stadt in Verhandlung zu treten, b) die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Bürger gegen Ausübung von Gewalt zu schützen." Der Antrag wird in der nächsten Stadtverordnetensitzung beraten werden.

Soziales.

Ausländische Arbeiter als billige Arbeitskräfte. Als im Reichstag der Vermögensbau das Wort "Ausländer" verarbeitet wurde, gab die Regierung das Versprechen, daß in

rechter Linie deutsche Arbeiter vor den Ausländern berücksichtigt werden sollten. Heute findet man aber fast ausschließlich Gatzler, Russen, Italiener und Holländer am Kanalbau tätig, nur vereinzelt deutsche Arbeiter. Gegenwärtig sollen wieder Agenten auf der Reise sein, um ausländische Arbeiter für den Kanalbau anzuwerben. — Die Kanalarbeiten müssen in Schlamm- und Morastboden ausgeführt werden, wozu selbstverständlich die Kleidung und Fußzeug erforderlich ist, für den horrenden Stundenlohn von 55 Pf. dieser diese Ausländer ihre Arbeitskraft dem deutschen Vaterlande widmen. Da ist es denn kein Wunder, wenn deutsche Arbeiter auf diese Arbeit verzichten. Allen Arbeitern — nicht nur Erbarbeitern — mögen diese Zellen zur Information dienen, welche Arbeitsbedingungen am Nord-Ostseekanal herrschen.

Genossenschaftsbewegung.

Die Redlichen Pioniere von Hochdale spielen noch heute eine ganz besondere Rolle in der Konsumvereinsbewegung, denn an ihren Namen knüpfen sich die bedeutamsten Gründächer. Auf einer Studienreise nach England besuchte Professor Dr. Staudinger selbstverständlich auch den Hochdaler Verein, dessen heutige Tätigkeit er in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ schildert. Der Verein zählt gegenwärtig über 18 000 Mitglieder und erreicht einen Jahresumsatz von 7½ Millionen Mark. Trotz des langen Bestehens, das vermuten lässt, er habe den Zustand der Sättigung erreicht, macht er noch immer gute Fortschritte. Die Rückvergütung wird in England vierteljährlich, nicht wie bei uns in der Regel jährlich, ausgezahlt. Sie ist bei den Pionieren recht hoch.

Besonders umfangreich ist die Bildungstätigkeit der Genossenschaft. Dem Bildungsausschusse des Vereins stehen jährlich 10 000 bis 12 000 M. zur Verfügung. Es werden Vorlesungen und Konzerte für die Erwachsenen veranstaltet, Unterrichtskurse für die Kinder und jüngeren Leute. Sieben Lesezimmer und eine Bibliothek von 17 000 Bänden werden ebenfalls von der Genossenschaft unterhalten.

Im letzten Programm des Bildungsausschusses wird den Mitgliedern einbringlich vorgeführt, was sie leisten, wenn sie sich in der Konsumgenossenschaft betätigen:

1. Du hilfst einer Bewegung, welche ökonomische, soziale und moralische Reform erstrebt.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.
District Rendsburg.

Nachruf.

Am Dienstag, dem 31. Januar, starb durch Unglücksfall unser Mitglied, der Kollege

Bernhard Juhl.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 3. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause in Neustadt nach dem Ratekauer Friedhof statt.

Die Distriktsleitung.

Dankdagang.

Dem Sozialdemokratischen Verein, dem Gefangenverein Harmonia, dem Fabrikarbeiter-Verein, seinen Arbeitskollegen, dem Pastor Hoyer und allen denen, die dem teuren Hinscheidenen die letzte Ehre erwiesen, sage ich hiermit meinen tiefsinnigen Dank.

Rosa Hinrichsen, Rennefeld.

Für die mir, von den Mitarbeitern meines verstorbenen Mannes zuteil gewordene Unterstützung, sage meinen besten Dank.

Karl Möller, Döpferweg 66.

Eine Gangwohnung

zu vermieten. Hartengrube 34. Zu sofort oder später.

Kottwitzstraße mehrere Dreieck- und Zweizimmerwohnungen zu vermieten. Nähert

Kottwitzstraße 48, pt. 1.

Eine Parterre-Wohnung in Seestrasse zum 1. April 1911 zu vermieten. H. Kleinlauf, Seestrasse.

Zwei freundliche Zimmer mit Küche, passend für einzelne Frau, zu vermieten. Gr. Gröpelgrube 55.

3 hübsche neue Damen-Maskenkostüme zu verm. Beckergrube 99, II.

Tüchtige

Arbeiterinnen

gesucht.

August Schuhmacher.

Gneisenaustraße 3.

Zu sofort ein junger Schneider. Hundestr. 3.

Satinbücher: Belg. Nieten, Silber-Nieten usw. sofort zu kaufen gef. Marienstraße 25a.

Eine Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damenstrümpfen in weiß und grün dem Hause. Frau Ciecke, Kronstraße Alter 105.

Gleichen, Unterlagen, so wie sonst. Preis fertig nach dem angebot. Preis 10 Pf. Preis 20 Pf.

Ein Schleife, in weiß gut ge-poliert, zu verkaufen. Steinstraße 92 a, I.

Damen